



Schlus Sicherheit, Macht und Frieden nach Außen, wie materielle Wohlfahrt und gesellschaftliche Freiheit nach Innen verbürgt! Lüge, dreimal Lüge! Das „gemeinsame Werk“, das ist die Zerreißung und Knechtung Deutschlands; und nicht „Sicherheit“ hat es uns gebracht, sondern Ungewißheit; nicht „Macht“, sondern Schwäche und Abhängigkeit vom Ausland; nicht „Friede“, sondern beständige Kriegsfurcht; nicht „Wohlfahrt“, sondern Handels- und Geschäftstod, Glend und Hunger; nicht „gesellschaftliche Freiheit“, sondern Willkühr, stiebersche Wirtschaft. Weg mit den Lügen! weg mit den Lügern!

Graf Bismarck verhält sich zu der Adressfrage neutral. „Machen Sie, was Sie wollen!“ soll er zu einem Nationalliberalen gesagt haben. Auf der einen Seite mag er durch eine großpreussische Kundgebung Frankreich nicht reizen, auf der andern Seite muß es ihm lieb sein, wenn in Frankreich der Glaube erweckt wird, Deutschland stünde hinter Preußen.

Die verschämten Anexionisten haben einen Antrag auf motivirte Tagesordnung gestellt, also lautend:

„Das Zollparlament wolle beschließen: In Erwägung, daß die Neugestaltung des Zollvereins auf Grund des Vertrags vom 8. Juli vorigen Jahres durch die Berufung der Vertreter des deutschen Volks (!) zu gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit in Einer Versammlung das Unterband stetiger Fortentwicklung nationaler Institutionen gewährt, und dem berechtigten Anspruch der Nation auf eine wirksame Einigung ihrer Staatskräfte eine befriedigende Erfüllung (!) sichert;

In Erwägung ferner, daß ein einmüthiges Zusammenwirken für die dem Zollvereine obliegenden Aufgaben die Erreichung dieses Ziels am meisten zu fördern geeignet ist, über den Antrag der Abgeordneten Weg und Genossen (Adressentwurf) zur Tagesordnung überzugehen.“

Wir begegnen hier in den Motiven den nämlichen Prätexten, das „Zollparlament“ zu einer nationalen Volksvertretung aufzupuffen, wie in dem Adressentwurf selbst; und ließen die Süddeutschen Abgeordneten sich in die Falle locken, und für diese motivirte Tagesordnung gewinnen, so hätten sie die Kompetenzüberschreitung indirekt gutgeheißen, indirekt die Hand zu einer großpreussischen Demonstration geboten und dazu mitgewirkt, daß die Deutsche Frage im Zollparlament diskutiert würde. Das muß aber um jeden Preis vermieden werden. Von dem Moment an, wo das „Zollparlament“ die Deutsche Frage mit Einwilligung der Süddeutschen vor sein Forum zieht, ist es „Zollparlament“ im nationalliberalen Sinn.

Die Süddeutschen Abgeordneten haben dies begriffen. Sie lassen sich auf keine Debatte ein; sie fordern die einfache Tagesordnung, und wird diese nicht angenommen, so verlassen sie unter Protest den Sitzungsaal. Nach ihrer Entfernung mag die Norddeutsche Majorität, wenn sie es denn durchaus will, nach Herzenslust kannegießern und laschern; die Süddeutschen „thun nicht mit“ und was zurückbleibt, bildet ein harmloses Privat-Redekränzchen, — Rumpsparlament wäre ein zu schmeichelhafter Ausdruck.

Ueber die bisherigen Verhandlungen des „Zollparlaments“ läßt sich nicht viel sagen. Erwähnenswerth ist eigentlich nur das traurige Geschick des Abgeordneten Braun, der heldenmüthig auszog, die sämtlichen Schwaben zum „Gabelstühck“ zu verzehren, und dabei das Malheur hatte; von dem ersten, der ihm in den Wurf kam, „zu Mus zerhackt zu werden“, wie sich einer seiner eignen Parteigenossen ausdrückte.

Dieses Fiasko, und die aufdringliche Freundschaft Stiebers, der ihm soeben vor aller Welt den Freundschaftskuß gegeben hat, wird „unstem Braun“ hoffentlich die politische Carriere etwas verleben.

Zur Illustration der „Norddeutschen Freizügigkeit“ dienen die zwei Thatsachen, daß aus Berlin ein Mecklenburger und

aus Hannover eine Braunschweigerin ausgewiesen worden sind — ganz, wie in der guten alten Hinkeldeyschen Zeit.

Ueber die Kriegsfrage schreibt man von Berlin der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“:

Die seit dem Entstehen der Luxemburger Frage mit wachsendem Eifer betriebenen Rüstungen Frankreichs haben doch, trotz aller Widerrede, bei der preussischen Regierung erste Besorgnisse in Betreff der Absichten des Tuileriencabinetts erweckt. Es ist dem hiesigen Cabinet nicht möglich, mit den friedlichen Versicherungen Frankreichs die täglich sich mehrenden Anordnungen kriegerischer Natur in Einklang zu bringen. Dabin gehören namentlich die mit auffallender Eile ins Werk gesetzte Armirung der nördlichen Grenzfestungen, die fortwährend numerische Verstärkung der Armee, die außergewöhnlich starken Getreideeinkäufe für Nahrung der französischen Regierung, und die vollkommen verbürgte Thatsache, daß innerhalb der letzten Monate für das französische Kriegsdepartement nicht weniger als 115,000 Pferde angekauft worden sind. Solche Rüstungen erscheinen allerdings doppelt befremdend Angesichts der von Preußen durch die Preussische Regierung Luxemburgs (selbst in Betreff der Zugehörigkeit des Landes zum Zollverein), durch die Respectirung der Mainlinie und eine sichtbare Schonung der französischen Empfindlichkeit bewiesenen Friedensstrebungen, welche sich auch darin deutlich genug äußern, daß während Frankreich im Sturm seine Armees-Organisation zu vollenden sucht, der Nordbund die Errichtung der noch fehlenden Infanterie- und Cavallerie-Regimenter eingestellt hat. Unter solchen Umständen befreit es sich, wenn die preussische Regierung durch den Grafen v. d. Goltz über die Bedeutung der französischen Rüstungen eine Anfrage an das Tuileriencabinet hat richten lassen, und daß dies in der That geschehen sei, wird nicht bloß in diplomatischen, sondern auch in solchen Kreisen behauptet, welche dem Hofe nahe stehen. Mit einer solchen Reclamation vertritt sich auch sehr wohl die vom König von Preußen zum 1. Mai verfügte Verminderung der Friedensstärke der Bundesarmee um 12,000 Mann, so wie die gleichzeitig angeordnete Sistirung gewisser Marine-Arbeiten. Denn die Hafengebauten können so wie so erst in Jahren zu Ende geführt werden, und wenn Frankreich wirklich Krieg gegen uns führen will, wird es uns nicht erst den Gefallen erweisen, damit so lange zu warten, bis wir unsere Küsten besetzt haben. Auch kann es für uns in einem Krieg gegen Frankreich nicht von Belang sein, ob unsere Flotte um einige Fahrzeuge stärker ist, da sie gegenüber der französischen doch keine andere Aufgabe haben kann, als die Hafeneingänge zu beschießen. Noch ungeschicklicher erscheint die Beurlaubung der Mannschaften, welche bei den vortrefflich entwickelten Kommunikationsmitteln in Preußen, wie die Erfahrung vom Jahre 1866 lehrt, in kürzester Frist wieder zu ihren Truppentheilen stoßen können. Beide durch die augenblickliche Finanzlage der Bundesmilitärverwaltung eingegebenen Maßregeln tragen daher auch nicht entfernt das Gepräge eines fest begründeten Friedens. Zu einem für Preußen befriedigenden Ergebnisse scheinen die wiederholten Besprechungen, welche Graf von der Goltz in den letzten Tagen mit dem Marquis de Montfrier über diese Angelegenheit hatte, noch nicht geführt zu haben, obgleich, wie man wissen will, die österreichische Diplomatie lebhaft bemüht sein soll, ihren Einfluß im Interesse des Friedens geltend zu machen.

Was die Sistirung der Marine- und Flottenbauten betrifft, so schlägt Hr. v. Bismarck unserer Meinung nach zwei Fliegen mit Einer Klappe. Erstens hält er den Nationalliberalen recht drastisch die grauenvollen Wirkungen ihres jüngsten „unpatriotischen“ Botums vor, und zweitens sorgt er dafür, daß den Franzosen, falls es zum Krieg kommt, einige preussische Schiffe weniger in die Hände fallen.

Inzwischen fährt die offiziöse und offizielle preussische Presse fort, dem französischen Kaiser servile Kratzfüße zu machen, während heimlich unter den Bauern der bekannte Kallender des Schäfer Thomas unentgeltlich verbreitet, und darin die demnächstige Auffpeisung des Gallischen Hahns durch den preussischen Adler prophezeit wird. Prost Mahlzeit! Wenn's nur kein Braun'sches Gabelstühck wird.

Es giebt doch wunderliche Käuze! Der anonyme Verfasser einer in Posen erschienenen Broschüre: „Napoleon an der Spitze des coalisirten Europas“, stellt die baldige Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 und eine Coalition von Frankreich, Oesterreich, England, Italien und Preußen gegen Rußland in Aussicht! Das Ro-

## An die Volkspartei in Sachsen.

müßte an der Broschüre liegt darin, daß sie dem Grafen Bismarck dedicirt ist. Es geschieht dies wahrscheinlich aus Dankbarkeit, denn wir lesen in den folgenden Blättern, daß der Graf bereit sei, dem neuen Polen Posen und Westpreußen abzutreten.

Gegen solche unfreiwillige Verleumdungen müssen wir Hrn. v. Bismarck in Schutz nehmen. An einer Coalition gegen Rußland ist er unschuldig. —

Ueber das neue Oesterreichische Wehrgesetz, wie es in Osn zwischen den Ministern vereinbart wurde, fehlt es noch an zuverlässigen Nachrichten. Es ist aber ein erfreuliches Zeichen, daß das Volk sich ernstlich mit der Wehrfrage beschäftigt, und daß vor einigen Tagen in Wien eine Versammlung von 5000 Arbeitern die allgemeine Volksbewaffnung forderte.

Das Gesetz zur Abschaffung der Schulhaft ist vom Kaiser sanktionirt; nicht die Gesetz gegen das Concordat.

Frankreich erwacht; bei drei Ersatzwahlen in Distrikten, wo sonst die Opposition sich nicht regen konnte, sind die Regierungskandidaten nur mit Mühe durchgesetzt worden.

In England wieder eine parlamentarische Seifenblase geplatzt. Das Ministerium kam bei der Beschlussfassung über die Frische Staatskirche in die Minorität. Nach dem ABC-Buch des Parlamentarismus, der ja in England bekanntlich zur höchsten Vollendung gebracht ist, hatte das Ministerium die Wahl zwischen zwei Wegen: entweder Abdankung, oder Auflösung des Hauses. Das erste wollen die Tories nicht, das zweite will die Königin nicht, und die Folge ist: das Ministerium regiert ruhig fort bis zu den Neuwahlen im nächsten Herbst; und erlangt es dann nicht die Mehrheit — nun, so kann es wiederum thun, was ihm gut dünkt. Nicht, als ob die Sache von Wichtigkeit wäre. Zwischen den Ministern resp. den Tories und ihren Gegnern, den Whigs, besteht kein prinzipieller Unterschied; beide sind Aristokraten, beide sind Feinde des Volks, und das Einzige, warum sie sich streiten, ist der Besitz der Macht und das Recht über die Steuern zu verfügen, d. h. ein möglichst großes Quantum derselben in die Tasche zu stecken.

John Bull kümmert sich jetzt übrigens wenig um diese parlamentarischen Spiegelfechtereien; er ist vollauf beschäftigt mit den „ruhmreichen Siegen“ in Abyssinien, die ihm den Kopf ganz benebelt haben. Die neueren Berichte reden allerdings von mancherlei schwierigen, auf dem Papier sich recht gefährlich ausnehmenden Operationen gegen die Feste Magdala, aber die häßliche Thatsache bleibt, daß kein Englischer Soldat getödtet und nur etwa anderthalb Duzend verwundet worden sind. —

Zwickau, 5. Mai. Der hiesige Volksverein hat in seiner am Sonnabend abgehaltenen Versammlung die Bildung eines Rechtsschutzvereins beschlossen, wie ein solcher bereits in Berlin besteht. Dieser Verein bezweckt, seinen Mitgliedern in Fällen, wo sie in ihren Rechten gekränkt und geschädigt werden, die Mittel zu verschaffen, um zu ihrem Recht, sei es auf gültlichem oder auf gerichtlichem Wege, zu gelangen. Zu diesem Zwecke wird sich der Verein an einige auswärtige Rechtsanwälte wenden, damit dieselben ihm in solchen Fällen rathend und helfend zur Seite stehen.

(Das Beispiel des Zwickauer Vereins ist allen unsern Arbeiter- und Volksvereinen zur Nachahmung zu empfehlen.)

Die Redaktion des Dem. Wochenbl.

Der Ausschuß der Volkspartei ersucht deren Mitglieder, die nachstehende Petition des Koburger Arbeiterfortbildungsbereichs an das Zollparlament in ihren Versammlungen zu beraten, zu der ihrigen zu machen und, mit den nöthigen Unterschriften versehen, an einen unserer Abgeordneten in Berlin, Babel, Liebknecht, Schrapz, zur Übergabe an das Zollparlament einzusenden. Eile thut noth.

## An das deutsche Zollparlament in Berlin.

Unter den mancherlei Vorlagen, die Ihnen, den Mitgliedern des deutschen Zollparlaments, wie wir wünschen wollen, zum Segen des Volkes zur Berathung unterbreitet worden sind, befindet sich auch der Antrag um Gutheißung der Erhöhung der Tabaksteuer und Einführung einer neuen Petroleumssteuer. Es sollen also zwei Artikel theils erhöht, theils neu besteuert werden, die heute allgemein nothwendige Lebensbedürfnisse sind und demnach, wie jede indirekte Steuer, die arbeitenden Klassen ungerecht und hart treffen.

Wir wissen zwar, daß die Absicht vorliegt, dafür die Eingangszölle auf verschiedene andere Artikel theils herabzusetzen, theils ganz aufzuheben, aber dennoch ist es Thatsache, daß der Ertrag der neuen Steuern den Wegfall der alten schon nach dem Voranschlag erheblich übersteigt und in Wirklichkeit wahrscheinlich noch bedeutender übersteigen wird, auf alle Fälle also eine Mehrbelastung des Volkes und besonders der arbeitenden Klasse stattfindet.

Wir wissen ferner, daß die Mehrerträge bei den ins Unerträgliche gesteigerten Mehrbedürfnissen für die Armeen sehr nothwendig sind; wir leben aber der Ansicht, daß der erste Zweck des Staates die Erhaltung kostbarer stehender Heere nicht ist, daß diesen vielmehr die Ursache der allgemeinen Noth wesentlich zuzuschreiben ist, und eine Verminderung der Heere nicht allein große Ersparnisse bezweckt, sondern auch die Wiederbelebung des gesunkenen Vertrauens in Handel und Verkehr herbeiführen wird.

Auch ist die jetzige trübe Zeit, wo der größte Theil des Volkes mit Noth und Sorge um das tägliche Brod zu kämpfen hat, am wenigsten geeignet, ihm neue Lasten aufzulegen. Wir richten deshalb an das hohe Zollparlament die ganz ergebenste Bitte:

Die Bewilligung neuer Steuern unter allen Umständen zu versagen.

Mit größter Hochachtung und Ergebenheit.

(Folgen die Unterschriften.)

Ort und Datum.

## Stieberisches.

Die „Zukunft“ bringt noch folgende zwei Erklärungen:

### Vorläufige Entgegnung.

Die sogenannte Abfertigung, welche der Abgeordnete Liebknecht in seiner Eigenschaft als Redakteur des Demokratischen Wochenblatts in Nr. 149 d. Bl. („Zukunft“) gegen meine letzte Erklärung veröffentlicht, entspricht vollkommen der Taktik, welche ich an den Mitgliedern seiner Partei so oft erlebt habe. — Anstatt des Eingeständnisses, daß man unwahre Thatsachen in die Welt hinaus verbreitet habe, wird der Versuch gemacht, die frühere Unwahrheit durch Hinzufügen neuer Unwahrheiten zu beschönigen.

Da die öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den Geschäfts-

Führer der heftigen Volkszeitung Plaut voraussichtlich erst in einigen Wochen stattfinden kann, so verbietet mir die amtliche Stellung, welche ich zu dieser Untersuchung einnehme, dem Herrn Liebknecht auf diese neuen Unwahrheiten zu antworten. Sobald der bezeichnete Zeitpunkt eingetreten sein wird, werde ich öffentlich nachweisen, daß

- 1) allerdings das Bündniß zwischen den Anhängern der depöfundirten Fürsten und der sogenannten Volkspartei, sowohl durch Dokumente als gerichtliche Eingeständnisse unzweifelhaft feststeht. Ich werde dem Herrn Liebknecht genau verschiedene der Summen nennen, welche die Herren Volksmänner aus den Kassen der depöfundirten Fürsten erhalten haben, und werde die für diese Summe geleisteten Dienste nachweisen, auch die gewechselten Briefe abdrucken;
- 2) daß die von Herrn Liebknecht wiederholte Behauptung, daß von mir ein Kellner des Hotel de Baviere in Leipzig befragt worden sei, um die Gespräche der im Hotel verkehrenden Fremden zu belauschen, eine rein aus der Luft gegriffene Unwahrheit enthält. Ich werde diese letzte Behauptung zum Gegenstande einer gerichtlichen Klage gegen Herrn Liebknecht machen und derselbe wird ja dann Gelegenheit finden, Beweise für diese neue von ihm gegen mich behauptete Unwahrheiten beizubringen;
- 3) daß die ebenso allgemein verbreitete und jetzt von Herrn Liebknecht wiederum ange deutete Behauptung, der Redakteur Trabert sei auf eine Denunziation der nationalliberalen Partei, insbesondere des Abgeordneten Braun, von mir tendenziöse verfolgt worden, jeder Begründung entbehrt, daß sich vielmehr die gesetzliche Nothwendigkeit, die Plaut'sche Voruntersuchung auch auf Trabert auszu dehnen, aus dem vorliegenden Sachverhältniß für die betreffenden Gerichtsbehörden ganz von selbst ergeben hat, ohne daß meine Person oder irgend ein Mitglied der nationalliberalen Partei dabei irgendwie theilhaftig gewesen ist. Ich habe überhaupt in Kassel nur mit Herrn Plaut und gar nicht mit Herrn Trabert verhandelt.

Dr. Stieber,  
Geh. Regierungsrath.

Hierauf erwiderte Liebknecht:

Der Geheime Regierungsrath Dr. Stieber stellt mir wegen meiner Angabe betreffend den Kellner des Leipziger Hotel de Baviere einen Prozeß in Aussicht. Das habe ich gewünscht. Aber warum nicht auch wegen meiner Angabe betreffend den Optikus Graf, deren er in seiner vorläufigen Entgegnung mit keiner Silbe erwähnt, obgleich sie den Anlaß zu der Auswechslung unserer gegenseitigen Erklärungen gegeben hat?

Den versprochenen Beweisstücken gegen „Volksmänner“ sehe ich mit um so größerer Spannung entgegen, als ich schon vom „Kölner Communistenprozeß“ her das Geschick kenne, mit dem der Geheime Regierungsrath Dr. Stieber derlei Beweisstücke zu produziren weiß.

Wenn endlich der Geheime Regierungsrath Dr. Stieber ganz unprovocirter Weise die Person des Reichstagsabgeordneten Dr. Braun (Wiesbaden) herbeizieht, um sie zur Vertheidigung gegen meine Angriffe zu verwenden, so muß ich es dem Reichstagsabgeordneten Doktor Braun (Wiesbaden) überlassen, sich selbst mit dem Geheimen Regie-

rungerath Doktor Stieber wegen dieser mysteriösen Solidarität auseinander zu setzen.

Berlin, 16 Charlottenstr., den 2. Mai 1868.

W. Liebknecht.

In Erwartung des versprochenen Prozeßes werden wir unsren Lesern in einer Reihe von Bildern zeigen: wer und was der königlich Preussische Regierungsrath Stieber ist.

## Napoleon und die deutsche Demokratie.

Nachdem Preußen mit einer Bereitwilligkeit, die dem „Starken“ so wohl ansteht, die Grenzfestung Luxemburg aufgeopfert hat, warum soll Napoleon nun nicht auch die Räumung von Mainz fordern? Er fordert sie, und damit dürfte auch die letzte Frage, aus welcher ein Krieg entstehen könnte, auf die Tagesordnung gesetzt sein. Wie ein Taschenspieler hat der Deceinbermann eine ganze Menge von Bechern vor sich stehen, und die Zuschauer haben nur zu bestimmen, unter welchem die Kriegskugel, die er in der Hand hält, wieder zu finden wünschen: unter dem Becher Polen? dem Becher Schleswig? dem Becher Orient? dem Becher Mainz? Zu gleicher Zeit sind die imperialistischen Soldfedern geschäftig, das deutsche Volk für ein Bündniß mit Napoleon gegen Preußen zu gewinnen.

Man rechnet in Paris auf den Haß in den von Preußen eroberten und zum Nordbund gezwungenen Staaten und erwärmt sich an dem eines Tages in Süddeutschland ausgestoßenen Schrei: lieber Französisch als Preussisch! Wo, fragt man uns, kann Deutschland einen mächtigeren Bundesgenossen finden, als auf der andern Seite des Rheins, an „Frankreich“? Hat „Frankreich“ nicht dasselbe Interesse wie ihr, sich den Vergrößerungsgelüsten Preußens entgegenzustellen und mit aller Macht zu verhindern, daß Deutschland in Preußen verschwinde? Guer Vorurtheil gegen „Frankreich“, als sei es der Erbfeind Deutschlands, ist durchaus hinfällig. „Frankreich“ weiß, daß der Rhein für Deutschland ein unantastbares Heiligthum ist. „Frankreich“ denkt an keine Eroberungen. „Frankreich“ führt nur für Ideen Krieg, und wenn es das Schwert aus der Scheide zieht, so geschieht es nur als Rächer des in Deutschland mit Füßen getretenen Rechts.

Das ist der Kern des Raisonnements, welches in den imperialistischen Blättern, sie mögen in Frankreich selbst oder in Deutschland das Tageslicht erblicken, immer wiederkehrt. Wir glauben alles, was man uns von „Frankreich“ versichert. Der Congreß der Friedensligue zu Genf hat uns den Beweis geliefert, daß die Völker keinen Rassenhaß kennen, daß sie gleichmäßig jede Eroberungssucht verdammen und einzig in dem erhabenen Streben nach Frieden, Freiheit und Vereinigung. Aber es handelt sich gar nicht um Frankreich. Ueberall, wo in jenen Artikeln „Frankreich“ steht, müssen wir Napoleon sehen.

Danach steht für die deutsche Demokratie die Frage: kann sie ein Bündniß mit Napoleon eingehen?

Ein Bündniß mit Napoleon heißt ein Bündniß mit dem Cäsarismus schließen.

Cäsarismus und Demokratie sind unversöhnliche Gegensätze. Der Absolutismus ist wenigstens ein ehrlicher Gegner. Er haßt die Freiheit, und man weiß von Anfang an, daß er jede freie Bewegung des Volks brutal todtzuschlagen wird, sobald er die Macht dazu hat. Der Cäsarismus dagegen ist der Absolutismus in der Maske des Heuchlers. Um das Volk um so fester zu knebeln, gesellt er zu der unumschränkten Gewalt die Lüge der demokratischen Formen. Der Cäsarismus ist die monarchische Despotie mit den demokratischen Stichwörtern, wie Volks-

souveränität, allgemeines Stimmrecht u. s. w., auf den Lippen, wodurch er die Gedankenlosen verblendet und gewinnt. Fragen wir, woher die ungeheure Begriffsverwirrung und Entfittlichung kommt, welche sich seit 1849 und 50 in der europäischen Demokratie bemerklich gemacht haben, so ist die Antwort darauf: in dem nichtwürdigen Spiel, welches Napoleon mit den demokratischen Formen getrieben hat und noch treibt, einem Spiel, welches ihm der „künftige Politiker“ Preußens abgelernt hat. Dem Grafen Bismarck wurde dieses Spiel freilich zudem noch durch den auf demselben Instrumente herumfingenden „Nationalverein“ außerordentlich erleichtert. Ohne die Einwilligung Napoleons hätte Preußen nie den Eroberungskrieg von 1866 unternehmen können.

Bohin das Bündniß mit dem Cäsarismus führt, lehrt das Beispiel Italiens eindringlich genug. Nicht einmal die Einheit hat dort die Demokratie mit Napoleons Hilfe fertig gebracht, und nach der Freiheit sieht man sich vollends vergebens um. Zum Ueberflus könnte noch auf den Verlust von Nizza und Savoyen hingewiesen werden.

Ein Bündniß der deutschen Demokratie mit Napoleon käme einem Selbstmorde gleich. Es wäre ein Selbstmord in dem Augenblicke, wo auch in Frankreich die Demokratie aus ihrem Opiumrausch erwacht ist und den Kampf gegen den Cäsarismus auf Tod und Leben begonnen hat. Ein solches Bündniß hiesse eben dem Cäsarismus, zu dessen Sterbestunde in Frankreich bereits der Hammer aushebt, neue Lebenskraft in die Adern flößen. Denn ist es auch wahr, daß Napoleon nicht dulden kann, daß sich an seinen Grenzen der preußische Einheitsstaat an Stelle des deutschen Staatenbundes konstituirt, so ist es doch noch wahrer, daß es die Regungen des französischen Volksgewisses sind, welche Napoleon zum Kriege drängen. Die französische Demokratie soll auf die Schlachtbank geliefert werden, damit der Cäsarismus fortwirthschaften kann, und dazu soll die deutsche Demokratie die Hand bieten. Das ist's, wozu uns die kaiserlichen Goldschreiber beschwären wollen. Ob der Cäsarismus mit zwei oder mit drei Farben angestrichen ist, das ist gleichgültig. Ihn zu bekämpfen ist die Lebensaufgabe der Demokratie. Nur erst wenn er am Boden liegt, kann die Freiheit eine Wahrheit werden.

## Weiße Sklaven.

### X.

Sohenstein und Ernstthal, Ende April 1868.

Es sind den Lesern dieses Blattes gewiß die Aufsätze alle im Gedächtniß, welche die Noth und Bedrückungen des Arbeiters unter der Rubrik „Weiße Sklaven“ wahrheitsgetreu veröffentlichten. Wir pflichten den Männern bei, die dieses Unrecht aufgedeckt haben und reichen ihnen brüderlich die Hand, denn es ist die größte Aufgabe der Arbeiter, die Ungerechtigkeiten und Bedrückungen ihrer Arbeitgeber frei, unumwunden und öffentlich auszusprechen, und so zu zeigen, daß der Arbeiter seinen geistigen Werth nicht vergißt und mit eben denselben Rechten und Ansprüchen in die Welt getreten ist, wie jeder Andere, welcher durch Zufall oder Glück sich auf einen höheren materiellen Standpunkt erhoben sieht. Darum auch ein Wort über die jetzigen Zustände des Arbeiterstandes. Es ist kaum mehr möglich durchzukommen bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, so hört man Tausende von Arbeitern sprechen, und leider ist es die traurige Wahrheit, die sich Jedem aufdrängt, der unsere Gegend, nämlich das Riedererzgebirge und Voigtland in seinen Erwerbszweigen kennt. Freilich sehen unsere blühenden Ortschaften,

wenn man das rege Leben und Treiben unsrer Industrie sieht, nicht darnach aus, daß bittere Noth und Entbehrung hier zu finden ist. Kommt man in etliche Städte, wo die Fabrikation ihren Hauptsitz hat, und bieten sich dem Auge die Etablissements und Anlagen der Vertreter unsrer Industrie dar, so zweifelt derjenige, welcher die Sachlage nicht genau kennt, an dem Glend der Arbeiter. Treten wir dagegen in die Werkstätten der Arbeiter, so erlebt man Scenen, die klar zeigen, wie weit der Arbeiterstand herabgedrückt ist. Vorzüglich ist hier die Weberei die vorherrschende Beschäftigung. Wenn wir nun sagen, daß ein Familienvater mit vier oder fünf Kindern die Woche zwei Thaler Verdienst bei vierzehn bis sechszehnstündiger Arbeit täglich (!) erzielt (und da muß es noch lohnende Arbeit sein, weil der Weber viele Auslagen hat, die der Fabrikant freilich nicht rechnet, und er soll, muß und will auch seinen Pflichten in Allem nachkommen), so denkt vielleicht mancher Leser, der es nicht genau kennt, es ist eine Lüge. Aber leider ist es die nackte, traurige Wahrheit. Und doch sind diejenigen noch besser daran, die in Städten wohnen, wo Kaufleute sind, als die in den Ortschaften, wo es keine giebt, und der Weber angewiesen ist, sich an die sogenannten Mittelmänner oder Verleger (Faktoren) zu wenden, weil es die Kaufleute für gut befinden, schon seit einiger Zeit keinem auswärtigen Meister Arbeit zu geben. — Die größte Noth und das schrecklichste Bild des Glends tritt zu Tage, wenn die Pausen der Arbeitslosigkeit eintreten, welche bekanntlich sich des Jahres zweimal einstellen. Vergangenen Winter gab es, und bis jetzt noch giebt es viele Weber, die schon ein ganzes Vierteljahr der Arbeit vollständig entbehren; und die, welche noch zeitweilen ein Stück Arbeit bekommen, wie werden die ausgebeutet! Der Lohn, der da für viele Artikel dem Arbeiter gezahlt wird, ist nicht Lohn zu nennen, es ist ein Almosen, nur daß der Arbeiter nicht ganz verhungert. Es wird Arbeit z. B. ausgegeben, wobei der Arbeiter nicht einmal genaue Vorschrift der Qualität der zu verfertigenen Waare in die Hände bekommt; der Arbeiter fertigt das Stück, es wird für untüchtig befunden, er bekommt Abzug oder gar keinen Lohn. Hat nun ein Arbeiter gegen einen solchen Verleger ein Wort ausgesprochen, daß die Ungerechtigkeit an das Licht bringt, so braucht er sich ja nicht einzubilden, von irgend einem der sämmtlichen Verleger Arbeit zu bekommen; denn diese stecken Alle zusammen. Kommt man zu den Verlegern, wenn dieselben Liefertag gehabt haben, und stellt einigermaßen Betrachtungen an über die anwesenden Arbeiter, so tritt deutlich genug hervor, daß der Arbeiter nicht nur zum Sklaven der Arbeit, sondern auch zum Sklaven der Gesinnung noch herabgesunken ist. Welche kriechende Schmeichelworte, und wenn es sein muß, wohl auch Verleumdungen gegen andre Arbeiter werden den Herren nicht aufgetischt, um nur in deren Gunst zu bleiben und ein Stück Arbeit zu bekommen! Indes wollen wir darum kein zu strenges Urtheil fällen über diejenigen, die es thun, denn wer Familie hat, und die Kinder verlangen Brod und kann keins geschafft werden, solches thut weh. Aber derjenige, der das nicht kann, der frei, offen und redlich in seinen Worten und seinem Thun ist, der hat schwer zu leiden, er wird natürlich immer übersehen. Und wie verhalten sich die Herren Verleger dazu? Nun, denen gefällt dies außerordentlich, sie sind ganz in ihrem Element.

Betrachten wir den Verlegerstand noch etwas genauer! Wir fragen, wer giebt denn eigentlich den Herren das Recht, den Arbeiter ungerichter Weise zu behandeln und zu drücken? Der Verleger hat eigentlich doch nur eine sehr untergeordnete Verrichtung. Er empfängt das Material vom Kaufmann, vertheilt es an die Arbeiter, liefert die fertige Waare ab, zahlt

den Arbeitern den Lohn und erhält dafür eine angemessene Vergütung für seine Mühe. Die Herren maßen sich aber ganz andere Dinge an. Ein jeder Arbeiter müßte doch wissen, wie viel Lohn der Kaufmann für ein Stück zahlt, das wäre nicht mehr wie billig; aber das erfahren wir nie. Desgleichen wäre es Pflicht und Recht, wenn ein Arbeiter für ein fehlerhaftes Stück Abzug am Lohn erhält, daß dies durch Stempel und Namensunterschrift des Kaufmanns bezeugt würde. Ist denn das der Fall? Nein, die Kaufleute sammt den Verlegern scheinen dafür kein Interesse zu haben, der Arbeiter ist verurtheilt, Alles zu tragen. Ja es ist sogar Thatsache, daß ein Verleger den andern verdrängt, indem er die Arbeit billiger liefert, freilich auf Kosten der Arbeiter. Es ist unmenschlich und empörend, aber diese Herren haben kein Gesetz, und das Gewissen gehört nicht in diese Regionen. Und wie verächtlich und stolz blickt die Mehrzahl dieser Herren auf den Arbeiter herab, durch dessen Schweiß sie doch ihre Existenz bloß gründen, sich sogar in kurzer Zeit ein Vermögen erwerben und vornehm leben können! Es scheint ihnen sogar Freude zu machen, sich über den armen Arbeiter lustig zu machen; sie bestellen z. B. Arbeiter von einem Tag zum andern wieder, wenn sie auch schon vorher beschlossen haben, ihnen keine Arbeit zu geben. Ist so ein Arbeiter zur Thür hinaus, so wird über ihn gelacht und es heißt: der kann lange wiederkommen! Also nicht einmal die Ehre und das Menschenrecht scheint diesen Herren heilig zu sein, indem sie solche Arbeiter in den Augen ihrer Mitarbeiter zum Narren machen und in ihrem moralischen Werth zurücksetzen.

Dieses Alles sind Thatsachen, die streng auf Wahrheit beruhen und jederzeit von denjenigen, die sie aufgestellt, auch nachgewiesen werden können. Es könnte noch viel mehr gesagt werden, wir glauben aber, es ist genug. Wir stellen daher die Frage an alle Leser: Steht der Fabrikant dem Arbeiter gerecht gegenüber? Wir bitten Jeden, sich die Antwort aus Obigem selbst zu ziehen.

## Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung.

### II.

In unserm ersten Artikel haben wir gesagt, daß durch das in demselben empfohlene Sparsystem die Ersparnisse weniger Vermittelte diese letztern unfehlbar vor den Folgen der Theuerung schützten und befruchtend wieder auf Landwirtschaft und Gewerbe wirkten. Die Möglichkeit, auch dieser Art zu sparen, setzt aber einen dem Lebensbedürfnis mindestens entsprechenden Erwerb voraus. Wenn wir nun vorurtheilsfrei untersuchen, was dem gesammten Volke, Groß und Klein, den Verdienst vor allen Dingen schmälert, so werden wir finden, daß nicht die modernen Sparanstalten allein die Erwerbsfähigkeit im Allgemeinen beschränken, sondern daß dies unter gewissen Voraussetzungen auch die Banken thun, diese Sparanstalten im Großen.

Es ist doch klar, daß auch die Geschäftsunternehmer ihren durch ihre und ihrer Leute Thätigkeit erzielten Reingewinn nicht in Gegenständen ihrer eigenen Produktion zu behalten, sondern denselben ebenfalls zunächst in Form von Geld zu erwerben und zu besitzen wünschen, so zwar, daß sie jedenfalls mehr Geld zu lösen trachten, als sie in Form von „Kapital“ für Gewinnung ihrer Produkte aufgewendet haben. Ebenso klar muß uns dagegen auch sein, daß die Gesammtbevölkerung eines Landes (oder die gesammte Arbeiterbevölkerung aller civilisirten Länder) nie mehr Geld für ihre Lebensbedürfnisse

ausgeben kann, als sie bei ihrer Arbeit verdient, und daß, wenn sie ihre Bedürfnisse stets zu Preisen bezahlen soll, bei welchen immer den Unternehmern ihr Reingewinn in baarem Gelde verbleiben würde, es ihr nicht möglich sein kann, alle zum Verkauf gebrachten Produkte zu kaufen und zu bezahlen, mit der Zeit also ein gewisser Theil derselben als unverkäuflich liegen bleiben, oder fortwährend und in steigendem Verhältnis verborgt werden muß, indem sie in ihrer Gesammtheit an das ganze konsumirende Publikum naturgemäß nur zu einem Preise verkauft werden können, welcher die Summen, die in Gestalt von Löhnen und Einkaufspreisen für die gesammten Handelsgüter an das gesammte übrige Publikum ausgezahlt worden sind, nur um so viel übersteigt, als derjenige Theil der Güter beträgt, welchen die Unternehmer zu eigenem Genuß oder Verbrauch und zu Aufzuarung in natura für sich behalten oder zurückkaufen, und was sie in neuen Unternehmungen als „Kapital“ wieder anlegen. Welcher Unternehmer verstünde sich aber wohl freiwillig zu solchen Preisen? Hauptsächlich durch das allseitige Ringen nach einem höhern Preise, wie oben angeführt, und durch das Verlangen nach Geld als nicht bloß vorübergehendem Werthsubstitut, sondern als bequemstes Zahlungsmittel und Selbstwerth zugleich (und nicht durch Aufhebung aller Zollschranken, Zünfte und dergl. Hemmnisse) erreicht die Concurrenz die große Bedeutung, mit welcher sie zur Zeit in allen Fächern herrscht, indem es stets einen vom Glück begünstigten Theil der Geschäftswelt geben wird, der seine Waaren mit Gewinn verkauft, wobei dem andern Theil dann um so mehr von den seinigen übrig bleiben muß. Dieses Verlangen nach Geld zu befriedigen und doch auch einen Gewinn bringenden Verkehr zu unterhalten, ist die Aufgabe der Banken, in welchen die Einen ihr erworbenes Geld niederlegen, und aus denen die Andern Geld zu weiteren Geschäften entleihen können. Da aber auch hierbei alles vorhandene baare Geld noch nicht ausreicht als Circulationsmittel oder portativer Werthrepräsentant für die Massen der Handelsgüter, und bei den enormen Dimensionen des heutigen Verkehrs, so haben Banken noch die Berechtigung, eine größere Summe, als ihre Metallvorräthe betragen, in Banknoten als Zahlungsmittel gegen dafür diskontirte Wechsel auszugeben. Nicht allein aber bei bedrohten oder gestörten Verhältnissen im Verkehr, sondern auch nach jeder einigermaßen spekulativen und prosperirenden Geschäftsperiode ist der Verkauf fast aller Handelsgüter aus den oben angeführten Gründen doppelt ershwert, die prompte Zahlungsfähigkeit auch der Wechselschuldner beschränkt und der Besitz von Edelmetallen oder geprägtem Gelde als Zahlungsmittel und Werth ein noch angenehmeres als zu andern Zeiten. Die Bankgesetzgebung hält deshalb auch an der obligaten Baareinlösung der Noten, als an der wichtigsten Eigenschaft derselben fest und gestattet doch eine nur theilweise Fundirung des Notenbetrags durch Edelmetalle. In Folge dessen thun die Banken, anstatt dem Handel und den Gewerben mit ihren Schätzen in kritischen Zeiten zu Hülfe zu kommen und die allgemeinen Creditverhältnisse zu heben, das gerade Gegentheil: Um ihre Noten baar einlösen zu können, verringern sie ihren Notenumlauf und ihren Wechselbestand durch Disconterhöhung und untergraben den Personalcredit, indem sie selbst demselben mißtrauen, nicht berücksichtigend, daß sie, die Banken, dem Handels- und Gewerbebestand die so nöthigen Zahlungsmittel, die sie ihm erst in guten Zeiten gewährt haben, in mißlicheren wieder entziehen. Wer also glaubte, seine Zuflucht zu den Banken nehmen und seine Papiere dort diskontiren lassen zu können, sieht sich gerade im kritischsten Moment, wo er des Credits am meisten bedürftig ist, getäuscht und verlassen. Mitin sind es die Banken, die die Handels- und Geldkrisen theils heraufbeschwören, theils verschärfen.

troß Monopol der Notenausgabe. Man könnte es für Höhendienst halten, getrieben mit Edelmetallen, wenn man nur solche als depositalfähige Werthe für Zahlungsmittel erkennt, wenn es nicht mehr Tausch- und Werthrepräsentationsmittel geben soll und darf, als Edelmetalle; und kann sich dieses Verfahren unmöglich vertragen mit den Anforderungen und Consequenzen eines Weltverkehrs, noch mit der in der menschlichen Natur begründeten Neigung zur Bequemlichkeit auch in Besitzverhältnissen. Eine Consequenz dieser Theorie ist, daß, wenn irgend ein Großhändler mit Vortheil Seide für Silber in China einkaufen könnte, er an diesem „Silberexport“ möglichst zu verhindern gesucht wird, gleichviel ob Handel und Gewerbe dabei gewinnen oder verlieren, und mindestens gehen die Zinsen für das in den Bankkellern vergrabene Silber und Gold (welches nicht selten durch andere Werthe, jedenfalls aber durch Pfandbriefe auf Grundbesitz ersetzt werden könnte) dem Nationalwohlstand verloren. Wie es alsdann mit der Baareinlösung der Noten gehen würde, könnte uns ganz gleich sein, zumal ja auch jetzt der Metallvorrath der Banken zum Einlösen ihrer Noten zu gering, mithin zum Nichteinlösen zu bedeutend, ja überhaupt überflüssig. — wenn es nicht gar jammerschade darum wäre. Und übrigens kann durch industrielle Unternehmungen ja auch kein Edelmetall gewonnen werden, wie man überhaupt nichts gewinnen kann, was gar nicht existirt, mithin consequenterweise sich die Geschäftswelt auch mit bloßen Belegen über die producirten und vorhandenen Werthe als Zahlungsmittel begnügen müßte und könnte, wenn es kein Metallgeld gäbe.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, bedeutet Geld sparen und in Banken und Sparanstalten ansammeln, nichts anderes als abwarten wollen, was man sich noch entschließen wird zu kaufen für das nicht unbedingt benötigte oder vielleicht auch reichlich erworbene Geld. Daß hierbei aber Viele, die nicht gut lange vergeblich auf Arbeit und Verdienst warten können, sehr schlecht wegkommen müssen, und der nationale Wohlstand bei lahmgelegter Thätigkeit der Bevölkerung nicht zunehmen kann, versteht sich wohl von selbst. Kann nun das Volk vorläufig keinen direkten Einfluß auf die Bankgesetzgebung und auf die politischen Weltereignisse ausüben, noch dem mehr oder mehr Uebergewicht erlangenden Industrialismus, verbunden mit Fabrik- und Maschinenwesen, einen Hemmschuh anlegen, so kann es sich doch einigermaßen vor deren verhängnißvollen Einwirkungen auf die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung der Menschheit aus eigenen Kräften schützen, wenn es erstens seinen Bedarf in Verbrauchswerthen, und namentlich in gewerblichen Erzeugnissen für sich selbst, für seine eigene Rechnung durch Arbeit hervorzubringen sucht; wenn es zweitens einen unmittelbaren Austausch seiner Erzeugnisse unter sich selbst herstellt, wobei ihm das Geld nur als Wärmehelfer, Waaren-Werth-Scheine aber als Ausgleichsmittel (wenigstens in Zeiten allgemeiner Geschäftslosigkeit) dienen können, und wenn es

drittens alles auf diese Weise Gewonnene in Naturalbestand ansammelt und aufspart, was auf dem Vereinswege alles sehr wohl erreicht werden könnte. Erzeugen wir dann mehr als wir verbrauchen, so erzeugen wir, wenn auch nicht Geld, so doch Werthe für spätern Verbrauch, mit einem Worte „Wohlstand“, welcher sich in unserem unbestrittenen Besitze befindet, indem er als Arbeitsprodukt in unsern Händen entbehrt und nicht gleichbedeutend ist mit Ueberproduktion im heutigen Sinne des Wortes; denn der Charakter der gegenwärtigen (schon fast permanent gewordenen) Geschäftsstockung liegt ja gerade in der Tendenz des Industrialismus, durch Anwendung von Naturkräften und Maschinen zu den denkbar niedrigsten Produktionskosten noch immer mehr Werthe zu

schaffen, die doch im ganzen Leben keinen vollen Werth haben oder erhalten können, indem sie schon deshalb nicht vollständig verwertbet werden können, weil ihre Produktion nicht mit Verdienst für die Menschheit verbunden ist, letztere also auch wieder nicht als zahlungsfähiges Publikum (als Consument mit entsprechender Kaufkraft) auftreten kann, am allerwenigsten wenn sie sich in Mäßigkeits- und (Geld-) Sparvereine abschließt.

Das ist also das Wesen der Ueberproduktion, daß die vorhandenen Güter für Rechnung der Unternehmer und zum Theil ohne entsprechenden Verdienst für das übrige Publikum erzeugt werden, und daß dieses zuweilen Mangel an Lebensunterhalt und Mangel an Arbeit zugleich haben kann, weil alle Borräthe, durch die es Mangel an Arbeit hat, sich nicht in seinen Händen befinden, sondern in den Händen der Unternehmer, welche sich natürlich vor Verlust durch notwendigen Verkauf derselben zu schützen suchen, und zwar nicht selten dadurch, daß sie sich in Wechseln neue, aber unnatürliche Zahlungsmittel schaffen, indem dieselben über „Geld“ lauten, während sie in Wirklichkeit doch keinen andern Werth repräsentiren als den, welcher in Gestalt von unverkäuflichen und daher scheinbar überproduzirten Arbeitserzeugnissen sich in den Magazinen der Geschäftswelt aufgespeichert hat. Die Banken misstrauen aber nicht ganz mit Unrecht solchen Wechseln, und könnte man fast sagen, daß durch zeitweilige Verminderung des Wechselbestandes der Banken, was für die Geschäftswelt Krise bedeutet, der Verkehr in Handel und Gewerbe wieder normaleren Verhältnissen sich nähert; denn wird auf Besitz von Baarenvorräthen Creditfähigkeit gegründet, und werden vermöge dieses Credits in Wechseln künstliche Zahlungsmittel geschaffen, so daß Mancher noch immer mehr neue Borräthe anfertigen lassen kann, und auch diese Borräthe für einen naturgemäßen Preis (wie oben bereits ausgeführt) aus Rücksicht auf Zahlungsverbindlichkeiten nicht jederzeit verkauft zu werden brauchen, so sind diese Borräthe den Arbeitnehmern, welche sie bei der immerwährenden Concurrenz unter sich (und mit der Maschine obendrein) erst haben für einen niedrigen Preis herstellen müssen, und denen kein ähnliches Auskunfts-mittel hierbei zu Gebote steht, buchstäblich vorenthalten und zwar so lange, als dieses Wechselausstellen sich ausführen läßt und die Banken immer mehr Noten mit nur theilweiser Metallunterlage gegen solche Wechsel in den Verkehr bringen, bis der unausbleibliche Rückschlag wieder erfolgt und, weil alle Wechsel nur durch „Courant“ gedeckt werden können, und dieses in gar keinem Verhältniß zu den übrigen Gütern und den darauf basirten Wechseln steht, trotz hinlänglichem Besitze von Handelswerthen und dem redlichsten Willen Verlust an Gut und Ehre das Loos Tausender von Unternehmern, und Arbeitsmangel, Verdienstlosigkeit, allgemeine Verarmung, Massenelend (Pauperismus) das Loos von Millionen ist.

Solchergehalt ist der Charakter des modernen Weltverkehrs und die gegenwärtige Geschäftsstockung nur eine sich wiederholende vorübergehende Erscheinung, um nicht zu sagen ein permanent werdender Zustand.

## Aus England.

London, den 4. Mai.

Die liberale Majorität im Unterhause ist fest entschlossen, Disraeli keine Ruh noch Rast — kein Gras unter seinen Füßen wachsen zu lassen. Seine Kunst zu manöveriren, die er während seiner 30-jährigen parlamentarischen Karriere bewährt, wird auf die äußerste Probe gestellt. Da durch die Abstimmung über die irische Staatskirche, welche vor den Oster-

feiertagen stattfand, nur beschlossen worden, „daß sich das ganze Haus als Comité konstituirt, um die Abschaffung der irischen Staatskirche in Berathung zu ziehen“, so war noch die Möglichkeit vorhanden, daß die Berathung zur Modifikation, wenn nicht zur Verwerfung führe. Die in die Zwischenzeit von der ministeriellen Partei angewandten Kunstgriffe schlugen — wie ich bereits erwähnt — fehl. Vorigen Montag wurde die Debatte über die erste Gladstone'sche Resolution, „daß es nöthig, daß die etablierte Kirche von Irland aufhöre zu existiren als ein Staatsinstitut u. s. w.“, eröffnet. Nach einer viernächtlichen Debatte, in welcher außer gegenseitigen Vorwürfen und Anschuldigungen nichts Neues aufs Tapet kam, wurde die Resolution am Freitag Morgen,  $\frac{3}{4}$  Uhr, mit 330 gegen 265 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung erklärte Disraeli, daß es jetzt nöthig sei, daß das Ministerium seine veränderte Stellung gegenüber dem Unterhause in Erwägung ziehe, und trug auf Vertagung bis heute an. Gladstone willigte in die Vertagung, bestand aber darauf, daß die irische Kirchenfrage vor jedweder andern Frage abgethan werden solle. Freitag Nachmittag hatte Disraeli eine Audienz bei der Königin, man glaubt allgemein, um seine Resignation einzureichen, die aber nicht angenommen worden sein soll. In diesem Falle bleibt keine Wahl, das Parlament muß aufgelöst werden. Unter gewöhnlichen Umständen, wenn es zur Auflösung kommt, werden nur die unumgänglich nöthigsten Geschäfte abgemacht und die Steuern auf so lange bewilligt, bis ein neugewähltes Parlament zusammenkommen kann. Durch die Reformbill von 1867 stehen aber einer baldigen Auflösung Hindernisse entgegen. Ein neues Parlament nach dem alten Wahlgesetz zu wählen, geht nicht, und das Neue ist noch nicht fertig. Die Bill von 1867 bezieht sich nur auf England; die reformirten Gesetze für Schottland und Irland sind noch nicht angenommen und die Grenzen der Wahlbezirke sind noch nicht bestimmt. Dieses ist eine Arbeit von wenigstens zwei Monaten. Statt dem besiegten Ministerium, nach parlamentarischem Gebrauch, die nöthige Zeitfrist ungeschmälert zu überlassen, die nöthigsten Geschäfte schleunig abzumachen, um die Auflösung so bald wie möglich herbeizuführen, hat Gladstone ein Rundschreiben an seine Unterstützer geschickt, daß sie sich heute Abend recht zahlreich einfinden sollen, um durch Abstimmung durchzusetzen, daß mit den irischen Kirchen-Resolutionen ungestört fortgefahren werde. Der „Star“ schimpft wie ein aufgebrachtes Fischweib, daß Disraeli nicht unbedingt abgedankt hat und seinen liberalen Freunden Platz macht.

Groß und Klein, Alt und Jung freut sich darüber, daß das britische Heer den afrikanischen Barbaren-König Theodor besetzt und zum Selbstmord getrieben hat; dagegen sind Viele unzufrieden, daß diejenigen, welche als vermeintliche Hülfeleister bei der Sprengung der Gefängnißmauer am 13. Dezember in Clerkenwell angeklagt waren, nicht sammt und sonders zum Tode verurtheilt worden sind. Die Londoner geheime Polizei ist gewiß die allerdümmste von der Welt. Erstens war sie davon unterrichtet, daß ein Versuch gemacht werden sollte, die gefangenen Fenier zu befreien, daß dieses durch Sprengung der Mauer u. s. w. am 13. Dezember geschehen sollte. Sie war zu dumm, die Frevelthat zu verhindern, oder die Uebelthäter an Ort und Stelle auf der That zu ergreifen. Zweitens war sie seit Jahr und Tag auf den Weinen, die verschworenen Fenier zu bewachen; sie brauchte ein gemeines Subjekt als Verräther, um drei Schneidergesellen und zwei Schuhmachergesellen als verdächtig einzuziehen, von welchen

Einer, ein Schneider, Namens Melany, seine eigne Haut dadurch sicher stellte, daß er der Regierung anbot, als Zeuge gegen seine Mitgefangenen aufzutreten, und nachdem er Alles verathen, was er wußte, wurde ein Schuhmacher frei gelassen ohne Prozeß; die übrigen wurden von der Jury freigesprochen. Den einzigen Dienst, welchen er der Regierung leistete, war, einen jungen Mann, Namens Barrett, der in Glasgow in Schottland wohnte, zu denunziren als den Mann, der das Pulverfaß angezündet. Barrett wurde in Glasgow verhaftet, zwei Londoner Jungen bezeugten, daß er der Mann sei, der das Pulver in Brand gesteckt; er ist zum Strang verurtheilt. Was besonders bemerkenswerth ist, daß auch nicht die geringste Spur von Zeugniß vorliegt, daß — Barrett vor der Anzündung des Pulvers irgend etwas mit der Fenier-Verschwörung zu thun gehabt hat. Ob Barrett schuldig und seine Mitangeklagten nur aus Mangel an glaubwürdigen Zeugen von der Jury freigesprochen worden oder nicht, so viel steht fest, daß die Frevelthat das Werk einiger Tollköpfe war, und die geheime Polizei, ohne freiwillige Verräther, so viel von der Geschichte ausgeforscht haben würde, wie die Kuh vom Sonntag. Von den drei, der Verschwörung gegen die Königin Angeklagten, Burke, Casey und Shaw, mußte Casey wegen Mangel an Beweisen freigelassen werden, und alles was gegen Burke bewiesen werden konnte, war, daß er in Birmingham Gewehre gekauft und sie fortgeschickt hatte. Er ist zu 15 Jahren schwerer Strafarbeit verurtheilt worden. Vor einigen Tagen wurde behauptet, daß die Ermordung des Prinzen Alfred, des Thronerben von Sachsen-Coburg-Gotha, in London beschlossen und den australischen Feniern zur Ausführung überlassen worden sei. Bisher haben wir jedoch noch weiter nichts erfahren, als daß eine schreckliche Verschwörung über das britische Reich verbreitet sei.

## Vermischtes.

Ominöser Druckfehler. Gegenwärtig macht ein ominöser Druckfehler die Kunde und erregt die allgemeinste Heiterkeit. Graf Bismarck hatte in der Debatte über die Redefreiheit diese Frage einen „preussischen Streit“ genannt. In der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen“ aber, wo die stenographischen Protokolle gedruckt werden, hat ein Setzer „Streit“ in „Staat“ verwandelt. Hiernach sagt Graf Bismarck folgende, an Hochverrath streifende Worte (S. 86. 7. Sitzung): „Für so wichtig halte ich die Frage, ob dieser preussische Staat ein Jahr früher oder später aus der Welt geschafft wird — für so wichtig halte ich diese Frage nicht.“

Soeben erschien in meinem Verlage:

## Preußen und die Gerechtigkeit.

Ein Beitrag

zur Charakteristik preussischer Rechtspflege.

von

Adolph Kastendiek.

6 Bogen gr. 8°. Brosch. 15 Ngr.

Leipzig im April 1868.

C. W. Volkath.